

Nicht mit den Landwirten, mit den Politikern hadern
Eine Stellungnahme des BUND Kreisgruppe Grafschaft Bentheim

Umwelt- und Naturschutzprobleme, verursacht durch die Landwirtschaft, haben sich in den letzten Jahrzehnten stark zugespitzt. Viele zeigen auf die Landwirte, doch sie sind meist Getriebene. Nordwestdeutschland gehört zu den viehdichtesten Regionen Deutschlands und mit seinen durchlässigen Sandböden zu den ökologisch empfindlichsten. Dennoch expandiert gerade hier die Landwirtschaft ungebremst; die Ursachen liegen in der traditionellen Veredelungswirtschaft und in politischen Entscheidungen. Nur durch die Politik können Fehlentwicklungen unter Stützung der Landwirte und dem Erhalt der Hofstellen korrigiert werden. Wie sehr die Politik gefordert ist, Veränderungen herbeizuführen, Kreistage gefordert sind, Zügel nicht mehr schleifen zu lassen, möchten wir an zwei Beispielen aus der Grafschaft verdeutlichen.

Mit dem hohen Viehbestand unserer Region sind besonders folgende Probleme verbunden:

- aus Ställen und Dünger erhebliche Stickstoffeinträge in Form von Ammoniak, die zu flächendeckender Nährstoffanreicherung und Versauerung der Böden führen,
- große Mengen an Gülle und Mist, die den Druck auf die Flächen erhöhen und zunehmenden Export und Transport des Wirtschaftsdüngers notwendig machen,
- ein hoher Bedarf an wirtschaftseigenem Futter, der auf den Äckern zu hohen grundwasserbelastenden Düngermengen führt und das natur- und ressourcenschonende traditionelle Grünland fast gänzlich hat verschwinden lassen,
- vielerorts eine starke Belastung des Grundwassers u. a. mit Nitrat, die zu Spitzenwerten von über 350 mg Nitrat/l (Echteler) geführt haben,
- Feinstaubbelastung der Luft,
- Belastung der Nordsee durch Stickstoff und Phosphat, die unsere Fließgewässer zuführen.

Trotzdem hat der Viehbestand im Landkreis in den zurückliegenden Jahren immer noch zugenommen. Innerhalb von nur 8 Jahren, von 2010 bis 2017, stieg der Bestand an Milchkühen um 12%, an Schweinen um 10 % und an Hühnern sogar um 28 % (Quelle: Landwirtschaftszählung und Tierseuchenkasse). Erst in den letzten beiden Jahren verharrt der Viehbestand auf diesem hohen Niveau. Doch werden aktuell immer noch weitere Stallbauten beantragt, so auch 2 Ställe mit je 40000 Hühnern in Holt und Haar, in direkter Nachbarschaft eines niederländischen FFH-Gebietes mit äußerst nährstoffempfindlicher Heidevegetation.

Viele beantragte Ställe sind nach geltendem Recht genehmigungsfähig trotz der bereits bestehenden hohen, flächendeckenden Stickstoffbelastung. Filter sorgen dafür, dass Grenzwerte unterschritten werden. Doch lassen sich die gasförmigen Stickstoffverbindungen rentabel nur um maximal 70-80 % reduzieren. Einsatzfähig sind Filter auch nur in geschlossenen Ställen. Aus Tierschutzgründen geht jedoch die Entwicklung zu offenen Ställen. Somit nimmt mit jedem zusätzlichen Stall die Gesamtbelastung durch Stickstoff in Form von Ammoniak zu. Natürlich vergrößert sich

auch mit jedem zusätzlichen Stall die Gülleproblematik; der Druck auf die begrenzten landwirtschaftlichen Flächen steigt, der ökologische Fußabdruck durch Gülle- und Mistexport nimmt zu. Doch bereits der aktuelle Viehbestand ist aufgrund der langjährig fehlgeleiteten Entwicklung schlichtweg zu groß für unsere Region. Geringere Viehdichte und Düngung sind die naheliegende Lösung für das Nitratproblem. Das zu schaffen, ohne landwirtschaftliche Betriebe zu gefährden, ist aus Sicht des BUND eine vordringliche politische Aufgabe.

Das zweite Beispiel betrifft den Biotop- und Artenschutz im engeren Sinn. Auch außerhalb von Naturschutzgebieten sind bestimmte Biotope nach dem § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes geschützt und dürfen nicht erheblich beeinträchtigt werden. Die gesetzlichen Grundlagen werden jedoch nicht immer konsequent angewandt und zwar durch die Landkreise, die in Niedersachsen vor allem für die Umsetzung der Naturschutzgesetze Verantwortung tragen.

Im Sieringhoek hatte unser ehemaliges Mitglied, der Botaniker Hellmut Lenski, in einem nährstoffarmen Heideweiher (§ 30-Biotop) eine bundesweit vom Aussterben bedrohte Art entdeckt. Es handelte sich um das letzte Vorkommen in der Grafschaft. Nachdem das schützende traditionelle Grünland in direkter Nachbarschaft des Weihers umgebrochen und in einen Acker umgewandelt wurde, breiten sich seit vielen Jahren Nährstoffe vom Acker direkt in den Weiher aus. Das Gewässer ist inzwischen fast vollständig verlandet, die besonders schutzwürdigen und hochgradig gefährdeten Arten dürften alle verschwunden sein. Eine derart gravierende Beeinträchtigung eines § 30-Biotops ist nach Gesetzeslage jedoch verboten. Sicherlich war dieses dem Landwirt nicht bewusst. Zu bemängeln ist die fehlende Aufsicht des Landkreises. Offensichtlich fehlt der Wille, die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zu überprüfen und vielleicht auch in der Naturschutzbehörde das Personal dafür. Die Kreispolitik ist gefordert.



Verlandeter Heideweiher (Foto BUND)